



Bremer FDP gegen jegliche Form einer Bettensteuer

Es hat sich gezeigt, dass sich eine wie auch immer begründete Bettensteuer negativ auf die Zahl der Übernachtungen in Hotels und Pensionen einer Stadt auswirkt. Darüber hinaus hat das Bundesverwaltungsgericht erst im Juli 2012 entschieden, dass eine „pauschale Besteuerung von Hotelbetten nicht länger zulässig“ ist. Insbesondere Geschäftsreisenden dürften keine zusätzlichen Steuerlasten aufgebürdet werden. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Extrasteuer als „Kulturabgabe“ oder „City Tax“ bezeichnet würde. Bettensteuern haben sich somit als nicht bestandskräftig erwiesen.

Die nun vom rot-grünen Senat vorgesehene Differenzierung nach Privat- und Geschäftskunden bei der Bettensteuer, kommt - nach Überzeugung der Bremer FDP - einer unzulässigen Einmischung in die Privatsphäre der Reisenden sowie einer Aufforderung, die Unwahrheit zu sagen, gleich. Mögliche Einnahmen und erforderlicher bürokratischer Aufwand stehen in keinem sinnvollen Verhältnis.

Die Bremer FDP fordert den rot-grünen Senat auf, zukünftig auf jegliche Form einer Bettensteuer in Bremen und Bremerhaven zu verzichten.